

sich mit den Schwerpunkten Stadtstaat Liechtenstein, dem liechtensteinischen Bodenmarkt, den Zielvorstellungen des neuen Raumplanungsgesetzes, den Verbindungen zwischen Mobilität und der Raumplanung und auch zwischen der Alpenkonvention und der Raumplanung. • In diesem Umweltbericht befand sich zusätzlich eine Stellungnahme mehrerer Organisationen zur Zonenplandiskussion in Triesenberg. Diese Stellungnahme war mit einer **Postkartenaktion** verbunden, mit der Einzelpersonen die Inhalte der Stellungnahme unterstützen und dies Regierungschef Mario Frick kundtun konnten. • Das Raumplanungsgesetz befand sich 1998 innerhalb von 3 Jahren zum zweiten Mal in der Vernehmlassung. Die LGU verfasste dazu eine ausführliche **Stellungnahme**, in der sie vor allem griffige Instrumente zur Mehrwertabschöpfung, die Verhinderung von grossen, raumwirksamen Bauten und Anlagen (wie bspw. Einkaufszentren) und einen Massnahmenplan zur Raumordnungspolitik forderte. • 1998 reichte die LGU eine erste **Einsprache** in der Raumplanung ein. Es handelt sich um den Antrag an den Gemeinderat von Balzers zwei Parzellen in der Grundwasserschutzzone nicht von der Landwirtschaftszone in die Gewerbe- und Industriezone umzuwidmen. Die Anfrage bestand von Seiten des Betreibers des Helikopterplatzes in Zusammenhang mit einer Erweiterung seines Betriebes. Die LGU erhob unter anderem Einsprache, weil die Begründung "der Legalisierung eines illegal bestehenden Zustandes" nicht den Tatsachen entspricht und zweitens jede Raumplanung durch eine solche Begründung grundsätzlich in Frage stellt. Der Einsprache wurde vom Gemeinderat keine **Folge** geleistet, weshalb die LGU einen Rekurs an die Regierung machte. Diese Entscheidung steht noch aus. • Es bestand die Absicht ein **Paket von verschiedenen Projekten im Medienbereich** durchzuführen. Dazu hätten die Neugestaltung der Homepage, Umwelttips im Radio, eine Jugendzeitschrift, ein